

VI. Die NSDAP im Münchner Stadtrat 1925–1933

1. Die nationalsozialistischen Stadträte

Die Münchner Kommunalwahl am 7. Dezember 1924 brachte drei Kandidaten des Völkischen Blocks, der als NSFB angetreten war, in den Stadtrat, Karl Fiehler, den Rechtsanwalt August Buckeley und den Gastwirt Josef Fuchs. Für die GVG gewannen Max Amann, der Gewerbegerichtsrat Erwin Meyr und Ulrich Graf einen Sitz.¹ Die Einigung beider Gruppen gelang auch nach der Wiedergründung der NSDAP nicht. Im Frühjahr 1925 schlossen sich Buckeley mit Fuchs und Meyr und einem Stadtrat der Mittelstandspartei zur „Freien Arbeitsgemeinschaft“ zusammen, während sich Amann, Graf und Fiehler Hitler unterstellten. Anfang März 1926 wich Meyr dem fortwährenden Druck der NSDAP und übergab sein Mandat an Christian Weber.² Doch Fuchs und Buckeley lehnten den Anschluß bis 1929 ab³ und blieben damit, obwohl sie sich parallel zum Bedeutungsverlust der NSFB immer weniger engagierten,⁴ steter Anlaß für Streit.⁵ Durch die Kommunalwahl im Dezember 1929 gelangten acht Nationalsozialisten in den Stadtrat: Neben den wiedergewählten Amann, Fiehler, Graf und Weber erhielten jetzt auch Hermann Esser, Jakob Grimminger, Heinrich Hoffmann und Franz Xaver Schwarz je ein Mandat.⁶

Seit 1925 bestimmte die Reichsleitung als offizielle Führung der Münchner NSDAP die nationalsozialistischen Stadtratskandidaten. Allerdings war Hitlers Eingreifen im Fall Meyr ebenso wenig Erfolg beschieden wie dem Widerstand innerhalb der Reichsleitung gegen Webers Antritt im Stadtrat.⁷ 1929 lag die Kandidatenauswahl offiziell in Händen der Münchner Gauleitung, inoffiziell entschied jedoch Hitler.⁸ Die Gauleitung traf nur die Vorauswahl unter den lokalen Parteiführern. Letztendlich lassen sich Kriterien und Motive der Bewerber wie auch der Auswahlverfahren nicht mehr klären. Wie die Fälle Esser und Weber zeigen, war hier weniger ein konsequentes oder gar einheitliches Konzept, sondern eher der

¹ Nachrichtenblatt 21 (16. 12. 1924), S. 7. Der Nationalsozialist 2 (22. 11. 1924), „Die Stadtratswahl“.

² StA, Lagebericht 35 (5. 8. 1925), S. 10. VB 91 (16. 7. 1925), AdB. Tyrell, Führer befehl, Dok. 43 b, S. 110.

³ Steinborn, Kommunalpolitik, S. 553 ff. (Anhang II).

⁴ Hanko, Kommunalpolitik, S. 334.

⁵ Vgl. IfZ, „Protokollbuch“ und „Protokollheft“ und StA, PDM 6733: Sektionsversammlungen der Münchner NSDAP 1925–1926. Vgl. zum Streit um Meyr Kapitel III.4.

⁶ Steinborn, Kommunalpolitik, S. 470 f.

⁷ BA, Berlin, NS 51/5b: Weber an Bouhler vom 22. 7. 1925.

⁸ StA, PDM 6735: PND-Bericht 679 (31. 12. 1929) über die Tagung der Gaue Oberbayern und München am 10. 11. 1929. HRS III/2, Dok. 98, S. 464: Anordnung Hitlers vom 16. 11. 1929.

jeweilige unmittelbare Kontakt zu Hitler ausschlaggebend. Die Reichsorganisationsleitung hätte gerade diese beiden Kandidaten zweifellos nicht aufgestellt.

Gemessen an ihrer Arbeit im Münchner Stadtrat lassen sich die nationalsozialistischen Stadträte in drei Gruppen einteilen: Über ernsthafte Erfahrungen und Kenntnisse auf kommunalem Gebiet verfügten nur Fiehler und Schwarz. Beide zeigten sich im Plenum sehr aktiv und bevorzugten meist zurückhaltendere und sachlichere Diskussionsformen. Dagegen konzentrierten sich Esser, Amann und Weber auf eine rabiante Obstruktionspolitik und fielen vor allem durch lautstarke Polemik und Störmanöver auf. Die übrigen NS-Stadträte profilierten sich als unauffällige „Hinterbänkler“ (Hanko) und lieferten nur selten Wortbeiträge.⁹ Karl Fiehler, Jahrgang 1895, arbeitete seit 1919 in der Münchner Stadtverwaltung und diente sich, trotz der einjährigen Festungshaft wegen Beteiligung an den Ausschreitungen des „Stoßtrupps Hitler“ am 9. November 1923, bis zum Obersekretär hoch.¹⁰ Als Führer der erfolgreichen Schwabinger NSDAP 1926–1930 war er eng in die Münchner Partei eingebunden. Fiehler war von 1925 bis 1935 Schriftführer der Partei, hatte also eines der drei ranghöchsten Ämter innerhalb der Parteileitung inne.¹¹ Seit 1925 profilierte er sich als kommunalpolitischer Fachmann der Partei. Ab 1929 leitete er gemeinsam mit Rudolf Buttmann, dem Fraktionsführer im Bayerischen Landtag und engen Freund Straßers, die ROL-Abteilung für Kommunalpolitik. Im Sommer 1932 übernahm er die alleinige Führung. Trotz seiner Ämter gewann der zwar ehrgeizige jedoch wenig durchsetzungsfähige Fiehler¹² keinen echten Einfluß innerhalb der Reichsleitung.¹³ Als Fiehler 1933 das Amt des ersten Bürgermeisters in München übernahm,¹⁴ war er möglicherweise gerade wegen seiner Schwäche in den Augen des Gauleiters Wagner der geeignetste Kandidat. Im Stadtrat leistete Fiehler den größten Teil der nationalsozialistischen Fraktionsarbeit.¹⁵ Obwohl er sich hier, wie Schwarz, gerne als moderat und besonnen präsentierte, formulierte er in verschiedenen Publikationen die theoretischen Grundlagen für die nationalsozialistische Obstruktionspolitik im

⁹ Friebel, Kommunalpolitik, S. 61. Hanko, Kommunalpolitik, u. a. S. 338.

¹⁰ Hanko, Kommunalpolitik, S. 334. Die Stadt München wurde durch die staatliche Rechtsaufsicht gezwungen, Fiehlers Entlassung anlässlich der Festungshaft wieder rückgängig zu machen: StdA, Personalakte Fiehler, Karl: Dienststrafbescheid der Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern vom 19. 1. 1925.

¹¹ Tyrell, Führer befehl, S. 355. Vgl. die Parteisatzung vom 22. 5. 1926: HRS I, Dok. 146, S. 461 ff.

¹² Hanko, Kommunalpolitik, S. 334 f. Ein langjähriger Kollege beschrieb Fiehler in dessen Spruchkammerverfahren 1947 in diesem Sinne: „Fiehler ist keine Kämpfernatur, er hat keine starken Ellbogen.“: Zitiert nach Hanko, Kommunalpolitik, S. 335. Nicht in dieses Bild paßt allerdings, daß Fiehler nie durch seine stärksten Konkurrenten, Buttmann und Esser, verdrängt wurde.

¹³ Kissenkoetter, Straßer, S. 49 ff. und Anm. 111 sowie S. 66. Tyrell, Führer befehl, S. 356, 360 und 366. Zu Buttmann: HRS III/1, S. 47, Anm. 49.

¹⁴ Fiehler wurde am 20. 3. 1933 vom Innenminister Wagner zum kommissarischen 1. Bürgermeister bestellt und am 26. 4. 1933 vom Stadtrat gewählt: StdA, Personalakte Fiehler, Karl: selbstverfaßter Lebenslauf vom 4. 3. 1944. HStA, MInn 80403: Ernennungsurkunde Fiehlers vom 20. 3. 1933. Vgl. auch Hanko, Kommunalpolitik, S. 345–350.

¹⁵ Steinborn, Kommunalpolitik, S. 343 f.

Stadtrat¹⁶ und suchte nie, die Exzesse seiner Kollegen zu verhindern. Fiehler machte keinen Hehl aus seiner Ablehnung der Demokratie wie auch aus seinem starken Antisemitismus, der seine folgenreichste Wirkung schließlich nach der „Machtergreifung“ entfaltete.¹⁷ In Fiehler vereinten sich die für die NS-Kommunalarbeit vor 1933 charakteristischen Gegensätze von Obstruktion und sachlicher Mitarbeit. Franz Xaver Schwarz, 1875 geboren, arbeitete bis 1925 im Städtischen Dienst, zuletzt als Verwaltungsobersekretär. Seit 1925 widmete er sich – bis 1945 – als Reichsschatzmeister hauptberuflich den Finanzen der NSDAP und trug entscheidend zum Erfolg der Partei bei. Seine berufliche Kenntnis der Stadtverwaltung nutzte Schwarz für die Arbeit im Stadtrat, brachte jedoch entsprechend der wachsenden Parteiarbeit zunehmend weniger Zeit auf.¹⁸ Der 1929 als Neunundzwanzigjähriger in den Stadtrat gewählte Hermann Esser übernahm sogleich die Fraktionsführung.¹⁹ Obgleich ehemaliger NSDAP-Propagandaleiter, fand Esser infolge der Ablehnung durch hochrangige Parteiführer wie auch durch Auseinandersetzungen mit Hitler nach 1926 nie mehr Zugang zum inneren Machtzirkel der Partei und mußte sich mit der Hauptschriftleitung des „Illustrierten Beobachters“²⁰ sowie einem Sitz im oberbayerischen Kreistag (ab 1928) und im bayerischen Landtag (ab 1932) begnügen.²¹ Dafür gelang es ihm innerhalb der nationalsozialistischen Kommunalpolitik, in steter Konkurrenz zu Fiehler, eine gewisse Bedeutung zu gewinnen. So leitete auf dem Reichsparteitag 1929 nicht der eigentlich zuständige Fiehler die kommunalpolitische Tagung, sondern Esser.²² Esser übernahm im selben Jahr die Wahlleitung für die Münchner Stadtratswahl²³ und löste Fiehler als Fraktionsführer ab.²⁴ 1930 wurde Esser mit der Organisation der NS-Fraktion in Städtebund und Städtetag beauftragt.²⁵ Im Münchner Stadtrat gelang es ihm mit seinen unqualifizierten und brutalen Umgangsformen und unverhülltem Desinteresse an sachbezogener Arbeit, sogar Weber und Amann zu übertrumpfen. War er selbst von der positiven Wirkung dieser Eigenschaften für die Partei überzeugt,²⁶ so blieb sein „Radaustil“ die wesentliche Ursache für den innerparteilichen Karrierebruch.²⁷ Im Februar 1932 erklärte Esser nach einem von

¹⁶ Hanko, Kommunalpolitik, S. 335 f.

¹⁷ Zu Fiehlers aktivem Engagement bei der Verfolgung und Ausbeutung der Münchner Juden durch Verwaltungsmaßnahmen: Hanko, Kommunalpolitik, S. 336 f. und 417 ff. und Hanke, u. a. S. 184 ff.

¹⁸ Hanko, Kommunalpolitik, S. 337. Steinborn, Kommunalpolitik, S. 486. Tyrell, Führer befehl, Dok. 23, S. 74. Hauptstadt der Bewegung, S. 228 f.

¹⁹ Im Folgenden: Kapitel III.4., S. 192 f. Jablonsky, Dissolution, S. 98. Tyrell, Führer befehl, S. 70 sowie Dok. 23 und 31.

²⁰ Hoser, Tagespresse, S. 1006 und Anm. 17.

²¹ VB 120 (24. 5. 1928), „Die Kreiswahlen in München“ Wistrich, Wer war wer, S. 83.

²² Friebe, Kommunalpolitik, S. 43.

²³ HRS III/2, Dok. 98, S. 464: Anordnung Hitlers vom 16. 11. 1929.

²⁴ Vgl. u. a. Wistrich, Wer war wer, S. 83.

²⁵ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 51.

²⁶ Friebe, Kommunalpolitik, S. 63. Hanko, Kommunalpolitik, S. 338.

²⁷ Daß Straßer nach den persönlichen Erfahrungen mit Esser in den Jahren 1924 bis 1926 diesem jemals einen Platz in der ROL zugestanden hätte, ist kaum denkbar. Zu den Ereignissen 1926: Kapitel III.4.

ihm inszenierten Tumult gegenüber Oberbürgermeister Scharnagl: „[...] ich freue mich, wenn Sie mir persönlich anrechnen, daß ich in den Karpfenteich hier etwas Bewegung gebracht habe. Ich werde auch in Zukunft diese Tendenz weiter verfolgen, weil ich der Meinung bin, daß es höchste Zeit ist, daß die alten Karpfen etwas durcheinandergehechelt werden.“²⁸ Der 1891 in München geborene Max Amann stand Esser bei seinen Auftritten meist zur Seite.²⁹ Amann besaß seit den frühen Jahren der Partei als ehemaliger militärischer Vorgesetzter Hitlers im Weltkrieg, NSDAP-Geschäftsführer und Leiter des Parteiverlags „Franz Eher Nachf.“ ein enges Verhältnis zu Hitler. Bis zum Ende der zwanziger Jahre entwickelte er den Verlag zu einem gewinnträchtigen Unternehmen und gewann dadurch großen Einfluß innerhalb der NSDAP, die auf die Propaganda der Verlagspresse, darunter der „Völkische Beobachter“, sowie auf die erwirtschafteten Überschüsse angewiesen war.³⁰ Seit 1931 gehörte Amann nominell der Parteileitung im Rang eines Reichsleiters an. Durch seine Verlagstätigkeit blieb Amann seit dem Ende der zwanziger Jahre kaum noch Zeit für ein ernsthaftes kommunalpolitisches Engagement. Ebenfalls wegen seiner rüden Attacken, kombiniert mit Desinteresse und Inkompetenz,³¹ fiel im Stadtrat Christian Weber auf. Seinen ursprünglichen Einfluß innerhalb der Parteileitung hatte der 1883 geborene Viehhändler Weber nach der Wiedergründung der NSDAP 1925 vollständig verloren³² und konnte sich nur mühsam 1926 gegen parteiinternen Widerstand ein Stadtratsmandat sichern.³³ Die Abneigung der Parteispitze gegen Weber blieb bestehen. Ende 1926 drohte ihm wegen säumiger Beitragszahlungen sogar der Parteiausschluß.³⁴ Im Laufe der folgenden Jahre gelang es dem renitenten Außenseiter, der nie in den Kreis der Führer der Stadtviertelorganisationen integriert war, zumindest seine Stellung innerhalb der städtischen Parteiprominenz sowie begrenzten Zugang zu Hitler zurückzuerobern.³⁵ Nach der Machtergreifung gewann Weber schließlich eine Schlüsselrolle in der Münchner Stadtregierung.³⁶ Hankos Charakteristik als „Hinterbänkler“ trifft vor allem auf Ulrich Graf, Jakob Grimminger und Heinrich Hoffmann zu. Der vormalige städtische Freibankmetzger Graf, Jahrgang 1878, besaß eine untergeordnete Stellung innerhalb der Parteileitung. Vor dem 9. November 1923 Hitlers Leibwächter und Mitgründer der SA, beim Putsch selbst schwer verwundet, war Graf seit 1925 1. Beisitzer des obersten Parteischiedsgerichtes und ab 1931 zusätzlich in der wirtschaftspolitischen Abteilung

²⁸ Zitiert nach: Friebe, Kommunalpolitik, S. 63.

²⁹ Schon im Februar 1925 provozierte er durch seine Attacken gegen den jüdischen SPD-Stadtrat Nußbaum eine Schlägerei im Stadtrat: Hanko, Kommunalpolitik, S. 338.

³⁰ Weiß, Biographisches Lexikon, S. 21. Hanko, Kommunalpolitik, S. 337f. Tyrell, Führerbefehl, S. 357. Hauptstadt der Bewegung, S. 220f. StA, PDM 6705: Vermerk PDM/VIa vom 29. 5. 1923.

³¹ Martin, Weber, S. 450.

³² Vgl. Kapitel III.4.

³³ Martin, Weber, S. 449.

³⁴ Pridham, Hitler's Rise, S. 59f. und 62. Tyrell, Trommler, S. 264.

³⁵ Martin, Weber, S. 450.

³⁶ StdA, BuR 1611: Fragebogen Christian Weber, ausgefüllt am 22. 4. 1938. Hanko, Kommunalpolitik, S. 339ff. Hauptstadt der Bewegung, S. 231 f.

der ROL für Mietgesetzfragen tätig.³⁷ Der 1892 geborene Grimminger, beim Putsch 1923 Träger der „Blutfahne“,³⁸ besaß nach 1925 keinerlei Einfluß innerhalb der Parteispitze, hatte also das Mandat nur durch sein Renommee als „Alter Kämpfer“ erhalten und konnte sein Ansehen allerhöchstens auf die Gründung der NSDAP-Ortsgruppe Ramersdorf im Oktober 1930 stützen.³⁹ Hoffmann, 1895 geboren, genoß als „Leibphotograph“ seit 1919/1920 beste Beziehungen zu Hitler, der durch ihn überdies Eva Braun kennengelernt hatte, und dementsprechendes Ansehen in der Partei. Durch seine Bildberichterstattung lieferte Hoffmann der Partei wichtiges Propagandamaterial.⁴⁰ Darüber hinaus verdankte ihm die Partei die Räume für die 1925 in der Schellingstraße 50 neu eingerichtete Hauptgeschäftsstelle.⁴¹ Allerdings kristallisierte sich vermutlich schon während seiner Tätigkeit als zweiter Kassier der GVG 1924⁴² heraus, daß Hoffmann das Durchsetzungsvermögen oder die Ambitionen für ein höheres Parteiamt fehlten.⁴³

2. Die Tätigkeit der Fraktion

Erst als sich zwei Nachfolgeorganisationen der verbotenen NSDAP, die NSFB und der Völkische Block, statt für den gewaltsamen Umsturz für die Gewinnung parlamentarischer Mehrheiten als Weg zu einer Machtübernahme entschieden, wuchs das nationalsozialistische Interesse an Kommunalwahlen und -politik. Die GVG wollte, obgleich sie den parlamentarischen Weg im Grunde ablehnte, ihrer Konkurrenz das Terrain nicht allein überlassen und stellte nun, mit Zustimmung Hitlers, ebenfalls eine eigene Kandidatenliste auf.⁴⁴ Nach der Wiedergründung der NSDAP 1925 entschied sich schließlich auch Hitler für den parlamentarischen Weg. Doch primär dominierte in der Parteiführung, wie schon 1923,⁴⁵ das Desinteresse an Kommunalpolitik, von einzelnen Ausnahmen abgesehen.⁴⁶ Ein konkretes kommunalpolitisches Programm wurde bis 1933 nicht erarbeitet, das Parteiprogramm und auch Hitlers „Mein Kampf“ ignorierten dieses Gebiet der Politik.⁴⁷ Doch auf die Dauer war zumindest ein sachthematisch-ideologischer Handlungsleitfaden unumgänglich.⁴⁸ Die Chancen und Gefahren, an der eigenen

³⁷ Tyrell, Führer befehl, S. 356. Hanko, Kommunalpolitik, S. 338. BA, Berlin, NS 22/11: Wirtschaftspolitische Abt. an ROL II vom 16. 4. 1931. Hauptstadt der Bewegung, S. 232 f.

³⁸ Hanko, Kommunalpolitik, S. 338. München – „Hauptstadt der Bewegung“, S. 233.

³⁹ Front 6 (1. 11. 1930), AdB.

⁴⁰ Wistrich, Wer war wer, S. 184 f. Weiß, Biographisches Lexikon, S. 230 f.

⁴¹ Bouhler, Lesebuch, S. 79 f.

⁴² Tyrell, Führer befehl, Dok. 31, S. 82.

⁴³ Weiß, Biographisches Lexikon, S. 230 f. München – „Hauptstadt der Bewegung“, S. 149.

⁴⁴ Lageberichte 20 (2. 12. 1924), S. 10 ff. und 21 (16. 12. 1924), S. 7. Jablonsky, Verbotszeit, S. 145.

⁴⁵ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 36.

⁴⁶ 1926 gab Hitler Buttmann und Fiehler den Auftrag, zum Gesetzentwurf für eine neue bayerische Gemeindeverfassung Stellung zu beziehen: Matzerath, Nationalsozialismus, S. 36.

⁴⁷ Friebel, Kommunalpolitik, S. 41 und 45.

⁴⁸ Friebel, Kommunalpolitik, S. 47.

kommunalpolitischen Arbeit gemessen zu werden, waren auch nach Fiehlers Ansicht nicht unbeträchtlich, da die Politiker und die Auswirkung ihrer Entscheidungen unmittelbar greifbar waren.⁴⁹ Bald nach 1925 gewann die Partei Stadtratsitze und vereinzelt auch Bürgermeisterämter. Jeder hier geleistete Fehler schadete dem Ansehen der Partei. Die NSDAP reagierte hier durchaus empfindlich.⁵⁰ Zudem ließen sich auf dem Gebiet der Kommunalpolitik und -wahlen bereits Erfolge verbuchen, als der Trend noch gegen die NSDAP sprach. So übernahm in Obermenzing ab 1925 der Nationalsozialist Oberbriller das Amt des ersten Bürgermeisters.⁵¹ Schließlich begann die Parteileitung 1927 damit, sich der Kommunalpolitik intensiver zu widmen. Ab Mai des Jahres erschien das „Mitteilungsblatt für die Nationalsozialisten in den Parlamenten und Gemeinderäten“ unter Herausgeberschaft Buttmanns; Fiehler übernahm das Fachressort Kommunalpolitik.⁵² Allerdings erhob Hitler das Organ erst ab 1930 zur Pflichtlektüre für die betroffenen NS-Mandatsträger.⁵³ 1927 und 1929 fanden auf den Reichsparteitagen kommunalpolitische Tagungen statt.⁵⁴ 1927 richtete die ROL als ihre erste Unterabteilung das bereits genannte Referat für Kommunalpolitik ein.⁵⁵ Nach dem Rücktritt Straßers im Dezember 1932 übernahm Fiehler die neugegründete Abteilung „zur Beratung und Überwachung der NS-Arbeit in den Kommunen“.⁵⁶ Es gelang Fiehler jedoch bis 1933 nicht, die NS-Kommunalpolitik im Reich einheitlich zu steuern oder wenigstens die Einhaltung der in den parteioffiziellen Veröffentlichungen erlassenen Richtlinien durchzusetzen.⁵⁷ Entscheidend waren seine Führungsschwäche, die organisatorischen Defizite – nicht einmal jeder Gau besaß einen entsprechenden Fachberater⁵⁸ – und das anhaltende Desinteresse der Parteispitze an der Kommunalpolitik.

Im Gegensatz zur Parteileitung nahmen manche lokale Parteigliederungen kommunalpolitische Themen durchaus ernst. In Bayern fanden bereits in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre regelmäßige Treffen der NS-Stadträte statt.⁵⁹ Auf den Nürnberger Tagungen Ende Januar 1925, also noch vor der Wiedergründung der Partei, und Anfang Februar 1926 bestanden die Teilnehmer zwar auf

⁴⁹ Fiehler, *Gemeindepolitik*, S. 14.

⁵⁰ Die SPD nutzte entsprechende Skandale weidlich. Auf solche Vorwürfe reagierte die NSDAP anlässlich der bayerischen Landtagswahl 1928 sogar in den Mitteilungsblättern: Matzerath, *Nationalsozialismus*, S. 55 f., Anm. 235.

⁵¹ 1931 wurde schließlich der Ortsgruppenführer und Gemeinderat Ostertag zweiter Bürgermeister: Front 20 (12. 12. 1931), „Auch der zweite Bürgermeister von Obermenzing ein Nationalsozialist“.

⁵² Matzerath, *Nationalsozialismus*, S. 39.

⁵³ HRS III/2, Dok. 109, S. 499: Anordnung Hitlers vom 5. 12. 1929.

⁵⁴ Matzerath, *Nationalsozialismus*, S. 37. Friebel, *Kommunalpolitik*, S. 43.

⁵⁵ Matzerath, *Nationalsozialismus*, S. 37. Tyrell, *Führer befehl*, S. 356, 360 und 366.

⁵⁶ Diese war eine von zwei Unterabteilungen der neuerrichteten „Kommission für Beratung und Überwachung der nationalsozialistischen parlamentarischen Arbeit in den Länderparlamenten und Kommunen“ unter der Führung Buttmanns: Tyrell, *Führer befehl*, S. 369. Vgl. Friebels anderslautende Darstellung, die hier jedoch nicht übernommen wird, da er keine Quellenbelege liefert: Ders., *Kommunalpolitik*, S. 44.

⁵⁷ Matzerath, *Nationalsozialismus*, S. 39 und 53, 170 f.

⁵⁸ Friebel, *Kommunalpolitik*, S. 44.

⁵⁹ Die näheren Hintergründe der Tagungen ließen sich nicht aus den Quellen erschließen.

ihrer Selbständigkeit, erarbeiteten jedoch zugleich Richtlinien für die Arbeit in den Stadtparlamenten und gründeten eine Arbeitsgemeinschaft zur Beratung der städtischen NS-Fraktionen.⁶⁰ Der nationalsozialistische „Stadträtekongreß“ in München Ende April 1926 begrüßte auch die NS-Fraktion im bayerischen Landtag sowie kommunalpolitische Vertreter aus dem gesamten Reich und nahm zu Gemeindesteuergesetzen Stellung.⁶¹ Die NS-Fraktionen in den Kommunen agierten weitgehend unabhängig von der entsprechenden ROL-Abteilung und waren letztendlich nur den jeweiligen Gauleitungen untergeordnet, insbesondere bei Grundsatzfragen wie etwa Stichwahlbündnissen. Die ROL riet hier nur zu Flexibilität.⁶² Die Münchner Gauleitung beschäftigte sich jedoch bis 1931 wenig mit der Thematik.⁶³ Auf der Tagung der beiden Gaue Groß-München und Oberbayern am 10. November 1929 zur Vorbereitung der bevorstehenden Kommunalwahlen trat nur der oberbayerische Gauleiter Reinhardt mit konkreten Anweisungen auf.⁶⁴ Vergleichbares lieferte erst die Funktionärsschulungstagung des NSDAP-Gaues München-Oberbayern Anfang Oktober 1931. Vorträge instruierten die über 100 anwesenden Gemeindevertreter über ihre innerparteiliche Bedeutung, die NS-Gemeindepolitik sowie über das Verhalten gegenüber anderen Parteien.⁶⁵ Bezeichnenderweise war Fiehler in diese wie auch die 1932 stattfindende Tagung nicht eingebunden.⁶⁶

Die NSDAP entwickelte bis 1933 statt eines konkreten Programms nur sehr allgemein gehaltene kommunalpolitische Grundlinien, die wesentlich auf den „Mitteilungen“ und Fiehlers grundlegender Schrift „Nationalsozialistische Gemeindepolitik“ basierten. Darüber hinaus skizzierte Hitler seine kommunalpolitischen Vorstellungen in einer Münchner Rede im November 1929.⁶⁷ Er verlangte die absolute Unterordnung der „Tagesfragen“ der Gemeinden unter die großen Fragen der „Weltanschauung“. Alle kommunalpolitischen Themen, etwa die Er-

⁶⁰ MZ 20 (21. 1. 1925), „Eine Tagung der nationalsozialistischen Stadträte Bayerns“. VB 40 (18. 2. 1926), „Unser Vormarsch in Süddeutschland“.

⁶¹ VB 89 (20. 4. 1926), „Mitteilungen. Aufruf!“. IfZ, „Protokollbuch“, S. 62: Fiehler berichtet über die Tagung am Sprechabend der Sektion Schwabing am 29. 4. 1926.

⁶² BA, Berlin, NS 22/1050: Reinhardt an Straßer, 23. 10. 1918 und Antwort Straßers, 5. 11. 1928.

⁶³ Vgl. auch: IfZ, MA 1216: Anordnungen von GPL und GGF 1930–1932. Front 1930–1932. SMP 1932–1933.

⁶⁴ Um einer Situation, wie sie im Münchner Stadtrat bis 1929 vorherrschte, vorzubeugen, verlangte er in seinem Gau mittels eidesstattlicher Erklärungen die Rückgabe der Mandate im Falle des Parteiaustritts oder von Zuwiderhandlungen gegen das Parteiprogramm. Die Frage möglicher Listenverbindungen mit der DNVP blieb den Ortsgruppenführern überlassen. Weibliche Kandidaten wurden erst ab Listenplatz sieben aufgestellt: StA, PDM 6735: PND-Bericht 679 (31. 12. 1929). VB 262 (12. 11. 1929), „Nationalsozialisten und Gemeindepolitik“. StA, Lagebericht 86 (13. 11. 1929), S. 5f.

⁶⁵ Front 11 (10. 10. 1931), „Glänzender Verlauf der Münchner Gauschulungstagung“.

⁶⁶ Front 26 (25. 6. 1932), AdB, „Schulungstagung des Gaues München-Oberbayern 1., 2. und 3. 7. 1932“.

⁶⁷ HRS III/2, Dok. 106, S. 479ff.: Hitler am 29. 11. 1929 im Löwenbräukeller. Er wiederholte damit Gedanken aus seiner Rede gegen die Reinhardt-Festspiele am 3. 4. 1929: HRS III/2, Dok. 17, S. 127ff. Vgl. die ähnlichen Grundgedanken Hitlers auf der Weimarer NSDAP-Reichsführertagung 1927: HRS II/2, Dok. 198, S. 559f.: Hitler am 27. 11. 1927.

ziehung, der Wohnungsbau oder auch die Kunst seien „vom Standpunkt der Erhaltung [des] Blutes“ her zu beurteilen.⁶⁸ Die Parteiführung konzentrierte sich seit den Erfolgen bei der Reichstagswahl 1930 auf die großen überregionalen Wahlen, als einzige realistische Möglichkeit, an die Macht zu gelangen, und verstand die Kommunalpolitik daher in erster Linie als Diskussionsforum für die zentralen Fragen der Reichspolitik sowie als Plattform zur Selbstdarstellung.⁶⁹ Das Endziel der Partei, die Zerstörung der Weimarer Republik und die Eroberung der staatlichen Macht, war Prämisse jeder nationalsozialistischen Kommunalpolitik vor 1933,⁷⁰ auch wenn sich etwa das „Mitteilungsblatt“ der geringen entsprechenden Möglichkeiten bewußt war.⁷¹ Das galt auch in München, wie Karl Fiehler unmittelbar nach der Machtergreifung 1933 feststellte: „Ich habe mir redlich Mühe gegeben, meine Stellung in der Gemeinde dazu zu gebrauchen, den vergangenen Staat zu zerstören [...]“.⁷² Entsprechend formulierte das nationalsozialistische „Mitteilungsblatt“ 1930 als weitere Grundsätze der NS-Kommunalarbeit die propagandistische Zusammenfassung aller Gegner der Republik, den Widerstand gegen den Staat und die Unterstützung der „Opfer dieses Systems“. Nicht nur im Reich beschränkte sich die NS-Kommunalpolitik auf die Selbstinszenierung als Anwalt des Volkes und auf die meist kategorische Ablehnung der Politik der Gemeindeleitung.⁷³ Auf diese Weise sollte laut „Mitteilungsblatt“ verhindert werden, daß man an der „weiteren Ausbeutung und Knechtung unseres Volkes“ durch die „Verschleierung des Bankrotts“ mitwirkte.⁷⁴ Das Blatt propagierte die ausnahmslose Ablehnung von Haushaltsetats,⁷⁵ und Hitler forderte, kommunale Funktionsträger grundsätzlich zu bekämpfen, denn es komme gar nicht darauf an nachzuprüfen, ob deren Politik „anständig“ sei, da alle Momente der Weimarer Kommunalpolitik dem Untergang geweiht seien.⁷⁶ Da die NSDAP die Lösung aller Probleme auf die Zeit nach der Errichtung des nationalsozialistischen Staates verschob, beschränkten sich ihre Kommunalpolitiker auf die narrative Darstellung dieser Probleme.

So wie das gesamte nationalsozialistische „Wirtschaftsprogramm“ blieben auch die Aussagen zur kommunalen Wirtschaftspolitik bis 1933 fragmentarisch. Seit 1927 umwarb die NS-Kommunalpropaganda verstärkt den Mittelstand, unter an-

⁶⁸ Vgl. Kapitel VI., Anm. 67: Hitler am 29. 11. 1929.

⁶⁹ So auch Hitler im Münchner Zirkus Krone am 7. 12. 1929: Steinborn, Kommunalpolitik, S. 477. Vgl. auch HRS III/2, Dok. 113, S. 528. Friebel, Kommunalpolitik, S. 46. Hanko, Kommunalpolitik, S. 342. Fiehler bezeichnete die NS-Gemeindevertreter gar als „unbedingten Fremdkörper“ in den Parlamenten: Ders., Gemeindepolitik, S. 12.

⁷⁰ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 52. Goebbels kündigte anlässlich der preußischen Kommunalwahlen im November 1929 an, „positive Aufbauarbeit“ sei gar nicht vorgesehen, man wolle keine Verantwortung für Gemeindepolitik übernehmen: Münchner Telegramm-Zeitung 220 (14. 11. 1929), „Nationalsozialistische Gemeindepolitik“: Zitat aus Goebbels' „Angriff“ vom November 1929.

⁷¹ Friebel, Kommunalpolitik, S. 46.

⁷² Nationalsozialistische Gemeinde Jg. 1 (1933), S. 272. Hanko, Kommunalpolitik, S. 342.

⁷³ Friebel, Kommunalpolitik, S. 48.

⁷⁴ Fiehler, Gemeindepolitik, S. 13.

⁷⁵ Zitiert nach Friebel, Kommunalpolitik, S. 68.

⁷⁶ Vgl. Kapitel VI., Anm. 67: Hitler am 29. 11. 1929.

derem durch die Kritik an der staatlichen Steuerpolitik bzw. Mittelstandsförderung,⁷⁷ und präsentierte sich, wie in München, als dessen Schutzmacht auch gegen Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte.⁷⁸ Gegen die Wohnungsnot wurde der Bau billiger Sozialwohnungen und Kleinsiedlungen propagiert,⁷⁹ gegen die wachsende Arbeitslosigkeit jede Erhöhung der Wohlfahrtsausgaben abgelehnt und dafür staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme, die allgemeine Arbeitsdienstpflicht und der „Kampf“ gegen Schwarzarbeit und Doppelverdiener gefordert. Esser erklärte den Arbeitsdienst kurzerhand zur entsprechenden Patentlösung.⁸⁰ Grundsätzlich verlangten NS-Kommunalpolitiker verstärkte staatliche Interventionen, um das „Gemeinwohl“ gegen Einzelinteressen durchzusetzen, insbesondere in der Wirtschaft.⁸¹ Über das Ausmaß dieser Eingriffe herrschte allerdings keine Einigkeit; so lehnte das „Mitteilungsblatt“ 1932 die staatliche Reglementierung angesichts der kommunalen Haushaltsdefizite ab. Jede Steuerregelung habe sich der Versorgung der vielfach mit dem Gemeinwohl betrauten Gemeinde unterzuordnen.⁸² Dagegen wollte Hitler im Wechselspiel zwischen Staat und Gemeinden das „Schicksal“ des Reiches dem der Kommunen überordnen.⁸³ NS-Gemeindevertreter wiederum verwarfen die zentralistischen Tendenzen der Weimarer Reichsverwaltung, verlangten die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltungsrechte und propagierten zugleich die Ablösung des gemeindlichen Regierungssystems durch das nationalsozialistische Führerprinzip.⁸⁴ Entsprechend pendelten die ohnehin vagen Vorstellungen von Selbstverwaltung in der Münchner Fraktion zwischen den genannten Polen.⁸⁵ Obwohl Hitler für die Verwaltung den Primat des Führergedankens verlangte,⁸⁶ verweigerten die Nationalsozialisten 1932 in den meisten Kommunen eine Erweiterung der Befugnisse der Bürgermeister, um ihren eigenen Einfluß nicht zu schmälern. Während der Krise der kommunalen Haushalte 1930–1932 kritisierten viele Nationalsozialisten die Einschränkungen der Selbstverwaltung durch staatliche Zwangsregulierungen,⁸⁷ wie sie etwa die bayerische Staatsregierung 1932 zur Deckung des Münchner Gemeindehaushalts vornahm.⁸⁸ Die allgemeinen Forderungen des „Mitteilungsblattes“ im Februar 1932 nach Vereinfachung, Sparsamkeit, „Sauberkeit“ und Transparenz der Verwaltung wurden selten konkretisiert und unterschieden sich nur graduell von den Proklamationen der SPD und BVP. Für den öffentlichen Dienst propagierte Fiehler die Entlassung aller Juden und das Ende der Stellenvergabe „nur nach Par-

⁷⁷ Matzerath, Nationalsozialismus, S 54.

⁷⁸ StDA, BuR 451/1: Vgl. v. a. die nationalsozialistischen Anträge 534 (21. 10. 1926), 808 (2. 7. 1928). Hierzu auch Hitler am 29. 11. 1929: Kapitel VI, Anm. 67.

⁷⁹ Fiehler, Gemeindepolitik, S. 50.

⁸⁰ Friebel, Kommunalpolitik, S. 50f. und 76. MGZ vom 20. 9. 1932, S. 612.

⁸¹ Fiehler, Gemeindepolitik, S. 7.

⁸² Friebel, Kommunalpolitik, S. 52.

⁸³ Vgl. Kapitel VI., Anm. 67: Hitler am 29. 11. 1929.

⁸⁴ Friebel, Kommunalpolitik, S. 56.

⁸⁵ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 59f. und 438.

⁸⁶ Vgl. Kapitel VI., Anm. 67: Hitler am 29. 11. 1929.

⁸⁷ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 58 f.

⁸⁸ Kapitel VI., S. 524 ff.

tegesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten“.⁸⁹ Unbeirrt um Widersprüche betrachtete die NSDAP die totale Politisierung der Beamtenschaft gegen die Republik als erklärtes Ziel und kündigte im gleichen Atemzug deren Unterwerfung unter ihre Ideologie bzw. Vorgaben im künftigen „Dritten Reich“ an.⁹⁰ Auf kulturellem Gebiet befürwortete Fiehler eine strikte Zensur gegen Presse und Literatur und die Ausrichtung der Bildungsarbeit auf die NS-Weltanschauung.⁹¹ Wie jedoch dem allseits diskutierten und prognostizierten kulturellen Niedergang Münchens⁹² begegnet werden sollte, konkretisierten Fiehler und die Fraktion nie.⁹³ Für Hitler war die „deutsche Kunst“ in München ohnehin von keinem Niedergang bedroht.⁹⁴ Die nationalsozialistische Kommunalpolitik lehnte mit Beginn der dreißiger Jahre Steuererhöhungen und neue Steuern verstärkt ab.⁹⁵ Zugleich schloß sich das „Mitteilungsblatt“ 1932 der bereits genannten Forderung nach weitreichender Steuerhoheit für die Kommunen an, um die Selbstverwaltung zu sichern.⁹⁶ Fiehlers Schriften und das „Mitteilungsblatt“⁹⁷ sowie die Münchner Stadtratsfraktion⁹⁸ lehnten jedoch auch die Anleihenpolitik der Kommunen grundsätzlich ab, da diese von „ausländischen Bankjuden“ abhängig mache.⁹⁹

Die NS-Fraktionsarbeit in München während der Jahre 1925 bis 1933 verfolgte weitgehend die bereits skizzierten ideologischen Linien. Das hing nicht zuletzt auch mit Fiehlers Arbeit zusammen. Entgegen ihren offiziell propagierten Grundsätzen beschränkte sich die NS-Fraktion, insbesondere Fiehler, hierbei keineswegs nur auf die prinzipielle Negation. Dieses Phänomen charakterisierte die NS-Kommunalpolitik reichsweit und entwickelte sich regional unterschiedlich durch die Teilhabe an der gemeindlichen Tagespolitik. Dahinter standen taktische, propagandistische, aber auch sachliche Gründe. Manche NS-Gemeindevertretungen im Reich, darunter auch die Münchner Fraktion, schienen durchaus mit sachlicher Arbeit und eigenständigen Konzeptionen mit dem politischen Gegner konkurrieren zu wollen.¹⁰⁰ Das wird vor allem deutlich an den Anträgen der Fraktion in diesen neun Jahren im Münchner Stadtrat. Hier kristallisieren sich vier Kategorien von Anträgen heraus: Anträge mit deutlich überzogenen Forderungen mit und ohne ideologische Färbung, zurückhaltendere Anträge mit ideologischer Färbung, Anträge ohne jede Provokation und ideologische Färbung und schließlich Anträge, die sich keiner der drei anderen Kategorien eindeutig zuordnen lassen.

⁸⁹ Fiehler, *Gemeindepolitik*, S. 70 f.

⁹⁰ Matzerath, *Nationalsozialismus*, S. 60.

⁹¹ Friebel, *Kommunalpolitik*, S. 54. Fiehler, *Gemeindepolitik*, S. 34.

⁹² Vgl. dazu u. a. Prinz, *Präludium*, S. 33 ff.

⁹³ Fiehler, *Gemeindepolitik*, S. 34.

⁹⁴ Vgl. Kapitel VI., Anm. 67: Hitler am 29. 11. 1929, hier S. 132 f. und 492.

⁹⁵ Matzerath, *Nationalsozialismus*, S. 54. Zur Haltung der Münchner Fraktion vgl. *StdA*, BuR 451/1 und die Jahrgänge der *MGZ* 1925–1933.

⁹⁶ Friebel, *Kommunalpolitik*, S. 48.

⁹⁷ Matzerath, *Nationalsozialismus*, S. 54.

⁹⁸ Vgl. *StdA*, BuR 451/1, v. a. die nationalsozialistischen Anträge 110 (17. 2. 1925), 459 (5. 5. 1926), 795 (23. 5. 1928).

⁹⁹ Fiehler, *Gemeindepolitik*, S. 28.

¹⁰⁰ Matzerath, *Nationalsozialismus*, S. 56 f.

Unter die dritte Kategorie fällt etwa der Antrag im Mai 1925, der Straßenbahn-Schülerkarten auch für Kaufmannslehrlinge forderte, da diese zu geringen Lohn erhielten.¹⁰¹ Zu den deutlich überzogenen Anträgen zählt z.B. Fiehlers Forderung Ende Oktober 1928, für eine Weihnachtsbescherung zugunsten der meist sozial schwächeren Kinder der Fortbildungsschulen, für die bisher keine Mittel vorgesehen waren, einen Betrag von 10000 RM zur Verfügung zu stellen.¹⁰² Bei den nationalsozialistischen Anträgen zum Haushaltsplan 1928 war die ideologische Färbung deutlicher erkennbar.¹⁰³ Fiehler forderte hier unter anderem die Einführung einer „Wohnungsluxussteuer“, die Streichung der Zuschüsse an die liberalen Münchner Kammerspiele und den Gewerkschaftsverein oder auch die schärfere Besteuerung von Warenhäusern und ausländischen Filmen. Mehr als die Hälfte aller Anträge in den Jahren 1925 bis 1929, 1928 und 1929 sogar zwei Drittel, vermieden überzogene und provokante Forderungen oder ideologische Färbung.¹⁰⁴ Unbeirrt um den bereits von Hanko festgestellten Widerspruch der NS-Kommunalpolitik zwischen ideologischer Zielsetzung und Sacharbeit¹⁰⁵ zeigte die Münchner NS-Fraktion immerhin Anzeichen für einen Willen zu ernsthafter Mitarbeit und bot gelegentlich durchaus substantielle Verbesserungsvorschläge für die Probleme der Stadtgemeinde. Mit diesen Anträgen wollte sich die Fraktion vor allem als Beschützer der sogenannten „kleinen Leute“ und des Mittelstands profilieren, während zumindest Fiehler auch echtes soziales Interesse zeigte.¹⁰⁶ Die meisten sachlichen und moderaten Anträge betrafen allerdings nur kommunalpolitische Randbereiche und Marginalien. Grundlegenden Problemen widmete sich dagegen z. B. ein Antrag im Dezember 1926. Um der wachsenden Verschuldung der Kommune durch Großkredite abzuhelpen, verlangte die Münchner NS-Fraktion, den wachsenden Geldbedarf statt durch solche Kredite eher durch die Ausgabe von „Notgeld“, unverzinslichen Papieren oder auch durch die Bildung von „Baufonds“ mit langjährigen Tilgungsraten zu decken. Auf diese Weise werde die Inflation nicht angeheizt, da „dauernde Werte“ als Gegenleistung geschaffen würden, und zugleich hohe Zinslasten vermieden.¹⁰⁷ Der Stadtrat wurde aufgefordert, gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag und anderen kommunalen Spitzenverbänden von der Reichs- und Staatsregierung die Erlaubnis für ein solches Vorgehen zu erwirken.¹⁰⁸ 1931 beschäftigte sich die NS-Fraktion vor allem mit zwei großen Themen, der zunehmenden Finanzkrise der Stadt und den damit zusammenhängenden Personalentlassungen in städtischen Betrieben. Den 127 Entlassungen lagen Kriterien, wie Mängel in Qualifikation oder Leistung, zugrunde, in einigen Fällen auch die exzessive republikfeindliche politische Aktivität. So wurde

¹⁰¹ StdA, BuR 451/1: Antrag 173 (4. 5. 1925).

¹⁰² StdA, BuR 451/1: Antrag 865 (22. 10. 1928).

¹⁰³ StdA, BuR 451/1: Antrag 795 (23. 5. 1928).

¹⁰⁴ StdA, BuR 451/1: Nationalsozialistische Anträge im Münchner Stadtrat.

¹⁰⁵ Hanko, Kommunalpolitik, S. 343. Vgl. hierzu auch Steinborn, S. 378 ff.

¹⁰⁶ BA, Berlin, NS 18/5018: Fiehler an RPL, 24. 6. 1931: Fiehler schilderte hier sein Engagement im Stadtrat für eine Gruppe sozial schwacher Mieter gegen einen aus seiner Sicht problematischen Kündigungsbescheid.

¹⁰⁷ StdA, BuR 451/1: Antrag 459 (5. 5. 1926).

¹⁰⁸ Ebenda.

im Münchner Schlacht- und Viehhof acht NS-Parteimitgliedern gekündigt. Daraufhin beantragte die NS-Fraktion einen Untersuchungsausschuß zu angeblichen „Unregelmäßigkeiten“ bei diesen Vorgängen, scheiterte jedoch an der ablehnenden Stadtratsmehrheit.¹⁰⁹ Der analog zur Wirtschaftskrise wachsenden finanziellen Notlage der Stadt widmete sich Anfang September 1931 ein eher populistischer denn realitätsbezogener nationalsozialistischer Dringlichkeitsantrag.¹¹⁰ Die Gemeinde solle die „Flut“ staatlicher Notverordnungen zurückweisen, die Steuererhöhungen und drastische Einsparungen bei städtischen Gehältern, vor allem bei der unteren und mittleren Beamten-schicht, sowie bei kulturellen und sozialen Aufgaben erzwingen. Es gelte „die letzten Reste gemeindlicher Selbstverwaltung“ zu bewahren. Eine Denkschrift für die Staatsregierung müsse die sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Notverordnung und die tatsächlichen Möglichkeiten und Grenzen des Sparkurses aufzeigen. Eine zweite Denkschrift habe die Kürzungen der höheren Beamtengehälter um 20 bis 50 Prozent vorzuschlagen, sowie eine Neuregelung der städtischen Besoldungen nach Kriterien, wie Leistung, Verantwortlichkeit und örtliche Lebenshaltungskosten. Die „schonungslose Klarlegung der tatsächlichen Lage der Gemeinden“ werde der Reichsregierung beweisen, daß jede Erholung nur durch ein Ende der Reparationszahlungen zu erreichen sei. Der Stadtrat erörterte den Antrag Ende September zwar, verwies einige Forderungen an die Sparkommission und an den Personalausschuß, lehnte ihn jedoch letztendlich ab.¹¹¹ Der Deutsche Städtetag und der Bayerische Städtebund hätten hier bereits ausreichend Stellung bezogen.

Im Krisenjahr 1932 zeigte das nationalsozialistische Engagement im Stadtrat eine eigentümliche Entwicklung.¹¹² Ab März verzichtete die Fraktion für den Rest des Jahres auf jede extreme Aggression, provozierte gerade noch Ordnungsrufe. Möglicherweise galt es zunächst im Reichspräsidentenwahlkampf Seriosität zu beweisen. Später spiegelte sich hier die Enttäuschung über den gescheiterten Versuch, durch diese Wahl an die Macht zu gelangen. Vielleicht wollte die Fraktion auch angesichts der Ereignisse um das SA/SS-Verbot Juni/Juli 1932 den bayerischen Behörden keinen Anlaß für ein hartes Vorgehen liefern. Auch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 änderte an der Zurückhaltung nichts. Noch im Februar 1932 war dagegen die nationalsozialistische Aggressivität eskaliert. Immer wieder inszenierten NS-Fraktionsmitglieder, allen voran Esser, schwere Tumulte. Einmal hielt sich die gesamte Fraktion über eine Woche demonstrativ von den Sitzungen fern. Als Anlaß diente jedesmal die Nichtzulassung nationalsozialistischer Redner durch die Geschäftsordnung. Esser gebärdete sich besonders rabiat, entriß dem Sitzungsleiter die Glocke und mußte nach handgreiflichen Attacken mit Polizeigewalt zunächst aus dem Sitzungssaal und

¹⁰⁹ Nach der Machtergreifung setzte wiederum einer der Betroffenen, der Betriebsrat Gleixner, die Entlassung nahezu aller damals beteiligten Stadtbeamten durch: Hanko, Kommunalpolitik, S. 344f.

¹¹⁰ StdA, BuR 451/2: Antrag 270 (8. 9. 1931).

¹¹¹ StdA, BuR 451/2: Beschluß des Stadtrat-Hauptausschusses vom 1. 10. 1931.

¹¹² Im Folgenden: FriebeI, Kommunalpolitik, S. 62–65, 135ff. Vgl. auch MGZ vom 4. 2. 1932, S. 63f. Ebenda vom 16. 2. 1932, S. 131. Ebenda vom 23. 2. 1932, S. 158.

schließlich von der Besuchertribüne vertrieben werden.¹¹³ Erstaunlicherweise bot der Stadtrat diesen Attacken keinen ernsthaften Widerstand. Die NS-Fraktion war keineswegs isoliert. Ihre Anträge wurden parallel zu den Konfrontationen diskutiert und einer am 11. Februar sogar angenommen.¹¹⁴ Alle Rufe nach einer „handfesteren“ Geschäftsordnung blieben ohne Konsequenz. Die Möglichkeiten, derartige Exzesse zu unterbinden, waren gering. Scharnagls Anregung im Ältestenausschuß des Stadtrats, den Sitzungsausschluß von Störern von bisher zwei Tagen auf ein Vierteljahr auszuweiten, wurde verworfen.¹¹⁵ Angesichts dessen mußte der Stadtrat einen Ansehensverlust in der Öffentlichkeit befürchten. Die Mehrheit des Münchner Stadtrates schien grundsätzlich keineswegs beunruhigt über die NS-Fraktion. Die Nationalsozialisten wurden eher unterschätzt.¹¹⁶ Mancher Kommunalpolitiker wünschte ihnen sogar Regierungsverantwortung, damit sich die Unhaltbarkeit ihrer Theorien erweise. Die Partei, die den Stadtrat ohnehin nur als Instrument auf dem Wege zur Machtergreifung betrachtete, konnte die Münchner Kommunalpolitik nicht wesentlich beeinflussen; der Stadtrat war durch die Zusammenarbeit von BVP und Sozialdemokraten – auch wenn diese nie offen proklamiert wurde – stark genug, die Attacken zu verkraften und geordnet zu arbeiten.¹¹⁷

Gelegentlich erhielten bestimmte NS-Anträge auch Zustimmung, zumeist in der Theaterpolitik. So verhinderte die NS-Fraktion immer wieder im Verbund mit der Stadtratsmehrheit die Aufführung bestimmter Stücke, vor allem in den Kammerspielen.¹¹⁸ Damit trug sie indirekt zum finanziellen Ruin dieser wohl bedeutendsten liberalen Theaterbühne Münchens bei. Die hochverschuldeten Kammerspiele lagen nicht allein wegen ihrer zeitkritischen und avantgardistischen Aufführungen in der Schußlinie der Nationalsozialisten, sondern auch wegen des jüdischen Glaubens ihres geschäftsführenden Direktors Adolf Kaufmann.¹¹⁹ Das nationalsozialistische Vorgehen deckte sich weitgehend mit der Linie der konservativen, stellenweise sogar der liberaleren Zeitungen gegenüber dem Spielplan der Kammerspiele und nicht zuletzt auch mit der Linie der konservativen Parteien im Stadtrat. BVP und DNVP setzten gelegentlich auch ohne NS-Initiative Aufführungsverbote durch.¹²⁰ Doch die NS-Theaterpolitik hatte nicht in jedem Fall Erfolg. Eine Aufführung in den Kammerspielen an Allerheiligen 1926 konnte sie nicht verhindern,¹²¹ ebenso wenig 1928 Kreneks Jazzoper „Jonny spielt auf“, die

¹¹³ Friebel, Kommunalpolitik, S. 62.

¹¹⁴ Friebel, Kommunalpolitik, S. 67.

¹¹⁵ Friebel vermutet vor allem entsprechende juristische Bedenken: Ders., Kommunalpolitik, S. 64.

¹¹⁶ Vgl. die Äußerung Karl Scharnagls nach 1945: Kapitel IV.4., Anm. 264.

¹¹⁷ Friebel, Kommunalpolitik, S. 84 und 135 ff..

¹¹⁸ 1925 traf dieses Schicksal Wedekinds „Büchse der Pandora“, 1926 Zuckmayrs „Der fröhliche Weinberg“, 1928 Karl Kraus' „Traumstück“, 1930 Falkenbergs Inszenierung von Friedrich Wolfs „Cyankali“: Petzet, Kammerspiele, S. 174, 200 f. und 220.

¹¹⁹ Euler, Kammerspiele, S. 109.

¹²⁰ Ebenda, S. 110 ff.

¹²¹ Das Stück konnte nicht ermittelt werden; vgl. jedoch die Äußerung Fiehlers: StA, PDM 6733: Sprechabend der Sektion Schwabing am 28. 10. 1926.

sich nicht einmal mit nationalsozialistischen Stinkbomben und Protestgesängen sprengen ließ,¹²² und auch nicht die Max-Reinhardt-Festspiele 1929.¹²³ 1932 wurden drei NS-Anträge zum Themenkomplex Arbeitslosigkeit von der Stadtratsmehrheit angenommen. Dies waren ein Antrag Mitte Februar auf Einspruch gegen die Kürzungen der Invalidenversicherung durch das Reich zuungunsten der Kommunen, ein Antrag im März auf Bereitstellung von städtischem Grund für den Wohnungsbau und ein Antrag im September auf Wiederinbetriebnahme der Isartalbahn. Die übrigen Anträge des Themenkomplexes wurden bis auf zwei, für die sich eine Abstimmung von selbst erledigt hatte, in nichtöffentliche Sitzungen oder in das nächste Sitzungsjahr verlegt. Die beiden Anträge zu allgemeinen Wirtschaftsfragen, die sich gegen die Mittagsbrotzeit städtischer Beamter im jüdischen Kaufhaus Uhlfelder und gegen die Errichtung eines Einheitspreisgeschäftes in der Lohringer Garage richteten, scheiterten. Der kulturpolitische Antrag Anfang Februar, gegen die staatliche Schließung des Prinzregententheaters vorzugehen, wurde ebenfalls abgewiesen. Großer Erfolg war den NS-Anträgen 1932 nicht beschieden, auch wenn der „Völkische Beobachter“ natürlich das Gegenteil berichtete:¹²⁴ Von 23 Anträgen waren nur drei in öffentlicher Sitzung erörtert, alle übrigen in nichtöffentlichen Sitzungen behandelt und hier zumeist abgelehnt worden.¹²⁵ BVP und SPD waren nicht bereit, die NSDAP durch Zustimmung zu ihren Anträgen politisch aufzuwerten. Letztendlich wurde den Nationalsozialisten nicht die Möglichkeit gegeben, in der Münchner Kommunalpolitik Wesentliches mitzubestimmen.

Zumindest mit der Zahl ihrer Eingaben suchte die NS-Fraktion selbst im Krisenjahr 1932 mit dem politischen Gegner Schritt zu halten. Ihre Anträge und Anfragen stellten mehr als ein Fünftel der insgesamt 103 Eingaben des Jahres. Damit blieb sie um sechs hinter der SPD zurück und übertraf um zehn die BVP.¹²⁶ Zehn dieser Anträge behandelten Fragen der Arbeitslosigkeit und der Wohlfahrtslasten, zwei weitere betrafen sonstige wirtschaftliche Fragen, einer kulturelle Belange. In der Haushaltsdebatte 1932 wurden die widersprüchlichen Grundlinien der NS-Kommunalpolitik ein letztes Mal vor der Machtergreifung deutlich. Die Stadtregierung hatte demonstrativ in ihrem Etatvorschlag vom 4. April ein 17 Millionen starkes Defizit aufgenommen, zu dessen Deckung sie sich infolge der Wirtschaftskrise außerstande sah. Auf diese Weise protestierte man gegen die staatliche Finanzpolitik, die den Gemeinden immer mehr Lasten, jedoch immer weniger Finanzierungsquellen überließ.¹²⁷ Die Nationalsozialisten stimmten dem Entwurf wie auch der beiliegenden Protestnote an die bayerische Staatsregierung zu und suchten zugleich den Protest des Stadtrates für die eigene Kritik am Weimarer „Sy-

¹²² Steinborn, Kommunalpolitik, S. 437.

¹²³ MNN 78 (20. 3. 1929), „Das verhinderte Reinhardt-Gastspiel“.

¹²⁴ VB 1 (1./2. 1. 1933), AdB.

¹²⁵ Friebel, Kommunalpolitik, S. 67.

¹²⁶ Friebel, Kommunalpolitik, S. 65 ff.

¹²⁷ Im Folgenden: Friebel, Kommunalpolitik, S. 69–79. MGZ vom 31. 5. 1932, S. 349 ff. und 353. Ebenda vom 30. 6. 1932, S. 434 ff., 458, 461, 467. Ebenda vom 6. 10. 1932, S. 658 f. Ebenda vom 22. 11. 1932, S. 843.

stem“ zu vereinnahmen.¹²⁸ Als die Regierung von Oberbayern diesen Etat nicht akzeptierte und die Stadt zu einer Reihe dramatischer Sparmaßnahmen zwang, weigerten sich die Nationalsozialisten, an einem Ausweg mitzuarbeiten. Geschichte warfen sie der BVP die bisherige „wahnsinnige“ Kreditaufnahme wie auch die Nachgiebigkeit gegenüber der genannten staatlichen Finanzpolitik vor. Unberührt um die ursprüngliche nationalsozialistische Zustimmung argumentierte Esser, die Proteste des Stadtrates zerstörten die staatliche Autorität. Die NS-Fraktion hielt an der Selbstinszenierung als Hüterin sozialer Belange fest, ungeachtet der Widersinnigkeit ihrer Argumentation. Während die Stadtverwaltung seit Monaten verzweifelt Einsparungsmöglichkeiten suchte, forderte Fiehler finanzielle Zuschüsse für Schülertheater-Aufführungen und Schulhauserweiterungen und lehnte alle Einsparungen bei Arbeitsbeschaffung, Straßenbau, Wohnungsbau und sogar beim Flugwesen ab. Die Nationalsozialisten verweigerten (wie die KPD auch) dem zweiten und dem dritten Haushaltsentwurf, die beide erneut erhebliche Defizite aufwiesen, wie auch dem von der Staatsaufsichtsbehörde schließlich am 30. September aufoktroierten Zwangsabgleich die Zustimmung. Einen alternativen Entwurf hatte die Fraktion nicht vorzuweisen, die Argumente blieben ebenfalls die gleichen. Schließlich bot Esser in der Debatte am 6. Oktober der BVP die Möglichkeit einer Koalition an – natürlich unter Führung der NSDAP – und drohte, die aggressive Stimmung im Volk werde ohnehin bald die Auflösung des Stadtrates herbeiführen.¹²⁹ Die NSDAP verweigerte der Stadt auf dem Höhepunkt der Krise jede Hilfe und entlarvte damit die selbststilisierte Pose als Retter der Selbstverwaltung als Propagandafloskel.¹³⁰ Dies war nur konsequent, denn die Krise lag ja in ihrem Interesse, sie lieferte die Munition zur Bekämpfung der Weimarer Republik.

3. Die Bedeutung der Mitarbeit im Stadtrat für die Münchner NSDAP

Indizien für die Stellung der Münchner NS-Fraktion in der städtischen Parteioorganisation bieten der Rang und die Entscheidungskompetenz ihrer Mitglieder innerhalb der lokalen Hierarchie. Unter den für die Wahl im Dezember 1929 aufgestellten 20 Kandidaten¹³¹ fanden sich vier aktive Ortsgruppenführer und zwei Mitglieder von Ortsgruppenführungen, die Leiter der Münchner SA und SS, ein Mitglied der Gauleitung Groß-München, zwei Mitglieder des bayerischen Landtags und eines des Reichstags (Frick), drei Führer der Reichsleitung sowie zwei Spitzenfunktionäre der NS-Pressen (Amann und Esser). Dazu kamen Parteiprominente mit dem Renommee des „Alten Kämpfers“, jedoch ohne nominelle Macht:

¹²⁸ Fiehlers Vorwürfe gegen den bayerischen Staat gipfelten in der Behauptung: „Wir befinden uns nicht mehr in einem Rechtsstaat, sondern in einem Staat absoluter Willkür“: MGZ vom 27. 5. 1932, S. 335.

¹²⁹ Friebe, Kommunalpolitik, S. 79ff.

¹³⁰ Hanko, Kommunalpolitik, S. 342.

¹³¹ VB 272 (23. 11. 1929), „Unsere Kandidaten“.

Weber, Grimminger, Hoffmann, der Hitler-Adjutant Schaub und der ehemalige Laimer Sektionsführer und zweite Kassierer der NSDAP von 1921 Riedl.¹³² Die lokale Führungsschicht, die Mitglieder der Parteispitze und die Gruppe „Alter Kämpfer“ ohne nominelle Macht waren jedoch nur auf dem Papier in etwa gleich stark vertreten, da auf den aussichtsreichen ersten zehn Plätzen Reichsleitung, Pressefunktionäre, „Alte Kämpfer“ und der Münchner SA-Führer dominierten. Unter den ersten sechs Kandidaten, die schließlich gewählt wurden, befand sich mit Fiehler nur mehr ein Ortsgruppenführer. Die Auszeichnung alter Parteiprominenz hatte Vorrang vor der Aktivierung kommunalpolitischer Kompetenz¹³³ und vor der Belohnung erfolgreicher und aktiver lokaler Führer, wie des Multifunktionsbauers Bauer¹³⁴ oder des Münchner SA-Führers Zöberlein, die hinter den nicht aktiven Parteiprominenten Grimminger und Hoffmann erst auf die Plätze neun und zehn verwiesen wurden. Vermutlich stand hinter dieser Machtverteilung die Münchner Gauleitung, die den Machtzuwachs von Ortsgruppen- oder SA-Führern durch ein Stadtratsmandat zu verhindern suchte. Grundsätzlich war ohnehin die Beziehung zu Hitler entscheidend. Die 1929 gewählten Kandidaten waren jedenfalls, mit Ausnahme von Fiehler, nicht in die lokale Partei eingebunden und verfügten hier kaum über echtes Ansehen und Einfluß, abgesehen von Amann und Schwarz. Während Amann wegen seines Einflusses auf das Parteiorgan und wegen seiner gelegentlichen finanziellen Zuwendungen wichtig war, bestimmte der Reichsschatzmeister, wie geschildert, den Handlungsspielraum der Ortsgruppen entscheidend mit.¹³⁵

Das Ansehen der Stadträte innerhalb der Münchner NSDAP läßt sich nur eingeschränkt bemessen. Generell besaßen deren öffentliche Auftritte in den Jahren von 1925 bis 1927 größere Bedeutung, solange die Münchner Partei aufgrund des zweijährigen Redeverbotes auf ihre größte rhetorische Attraktion, Hitler, verzichten mußte.¹³⁶ Unter den NS-Gemeindevertretern im Reich kam der Münchner Stadtratsfraktion durch die Präsenz hochrangiger Parteiführer besonderes politisches Gewicht zu. Ein Münchner Stadtratssitz gewann zudem als materielle Absicherung und vor allem als Anerkennungsprämie Hitlers sowie durch das innerparteiliche Ansehen Münchens als Gründungsstätte und Ort des Novemberputsches zusätzlich einen eigenen Wert. Daher war dieses Amt auch für hochrangige Parteiführer wie etwa Amann oder Schwarz, die in ihren Aufgabenbereichen ohnehin überbeansprucht waren und vermutlich auch keine finanzielle Unterstüt-

¹³² StA, PDM 6798: Sitzungsprotokoll der NSDAP-Generalmitgliederversammlung im Januar 1921, Abschrift vom 10. 2. 1921. StA, NSDAP 496: Korrespondenz Sektion Laim mit der HGS 1925–1928. StA, PDM 6657: Ogf Laim, Riedl, an PDM vom 28. 11. 1929.

¹³³ Vgl. auch Hanko, Kommunalpolitik, S. 339. Steinborn, Kommunalpolitik, S. 485. Friebe, Kommunalpolitik, S. 56.

¹³⁴ Vgl. zu Bauer Kapitel IV.1. und IV.2.

¹³⁵ Betrachtet man die Rangstellung der Kandidaten auf den aussichtsreichsten Listenplätzen, läßt sich Hanko nicht zustimmen, der die Besetzung der Münchner Kandidatenliste 1929 als Indiz für den geringen Stellenwert bezeichnet, den die Parteispitze der Kommunalpolitik, aber auch den Mandatsträgern zumaß: Ders., Kommunalpolitik, S. 339. Überdies wäre zu erwarten gewesen, daß sich die Mandatsträger in die Materie einarbeiteten und sich ihre fehlende kommunalpolitische Kompetenz erwarben.

¹³⁶ Wiesemann, Vorgeschichte, S. 89.

zung benötigten, reizvoll. Zugleich galt es, in der Wahlliste möglichst bekannte und zugkräftige Namen, die ja durch die Anwesenheit der Reichsleitung leicht verfügbar waren, zu präsentieren.

Für die Münchner Partei diente der Stadtrat auch als gelegentliche Propaganda-plattform. Durch konträre Stadtratsdiskussionen kamen die Nationalsozialisten in die Medien. Der „Völkische Beobachter“ berichtete ebenfalls sporadisch über die NS-Fraktion. Die Münchner Gemeindezeitung druckte Redebeiträge der NS-Stadträte und damit NS-Propaganda kostenlos. Auch in den NS-Stadtteilorganisationen war die Fraktionsarbeit immer wieder ein Gegenstand der Debatte, wenn auch sehr selten und bis 1929 meist auf das Verhalten der NSFB-Stadträte Fuchs und Buckeley beschränkt.¹³⁷ Häufiger wurde hierbei Fiehler aktiv, der sich auf diese Weise in seiner Sektion Schwabing wie auch innerhalb der Münchner Partei zu profilieren suchte.¹³⁸ Ein ausdrücklich positives Echo erhielt die Arbeit der Münchner Fraktion in den Sektionen nur in Ausnahmefällen.¹³⁹ Der Einfluß der nationalsozialistischen Stadtratsarbeit auf die Münchner Wahlergebnisse läßt sich kaum rekonstruieren, da die Wähler vermutlich nur 1929 das kommunale Auftreten der Partei als Wahlkriterium betrachteten und sonst stets die Politik im Reich und in Bayern. Inwieweit die ohnehin kaum thematisierte Fraktionsarbeit von den Wählern überhaupt registriert wurde, läßt sich nicht feststellen. Der NS-Kommunalwahlkampf übertraf zwar den der anderen Parteien, stand jedoch, wie geschildert, hinter dem Aufwand für die Reichstagswahl von 1928 zurück. Allerdings signalisiert die Wahl von 1929, daß der Selbstdarstellung der Fraktion nur wenig Erfolg beschieden war. Betrachtet man den reichsweiten Trend, so war das Münchner Ergebnis ein großer Erfolg. Mit 16 Prozent der Stimmen verzeichnete die Münchner NSDAP bei den reichsweiten Kommunalwahlen 1929 und 1930 unter den bayerischen Parteiorganisationen ein hervorragendes Ergebnis,¹⁴⁰ stand aber auch unter denen der deutschen Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern in der Spitzengruppe neben Städten wie Wiesbaden (16,7%) oder Frankfurt am Main (10,6%).¹⁴¹ Dennoch mußte es den Parteistrategen zu denken geben, daß

¹³⁷ Vgl. Kapitel IV.3., Anm. 39 (Quellen der NSDAP-Versammlung 1925–1929).

¹³⁸ So berichtete Fiehler z. B. in den Schwabinger Sprechabenden seit 1925 im Anschluß an die Referate immer wieder von der Kommunalpolitik. Durchschnittlich drei bis vier Referate pro Jahr in den Sprechabenden dieser Sektion galten der Münchner Kommunalpolitik: Vgl. IfZ, „Protokollbuch“, „Protokollheft“ und StA, PDM 6733: Versammlungen der Sektion Schwabing 1925–1929. Zu Fiehlers Amtsantritt in Schwabing: StA, PDM 6733: PND 546: Schwabinger Sektionsversammlung am 22. 7. 1926.

¹³⁹ Vgl. z. B. IfZ, „Protokollbuch“, S. 56.

¹⁴⁰ Die größten Erfolge bei den Kommunalwahlen im Jahr 1929 erzielte die NSDAP im reichsweiten Vergleich in Bayern. Hier gewann die Partei in der Kategorie der Städte mit über 25 000 Einwohnern im Durchschnitt 12,1 Prozent der Sitze. Das Gesamtergebnis für alle bayerischen Kommunen lag mit zwei Prozent der Stimmen für die NSDAP jedoch sehr niedrig. Die Münchner NSDAP rangierte mit 16 Prozent gemeinsam mit Nürnberg an fünfter Stelle nach Pirmasens, Bayreuth, Ingolstadt und Hof: Matzerath, Nationalsozialismus, S. 48 ff.

¹⁴¹ Ebenda, S. 47 ff. Die Kommunalwahlen im November 1929 in Sachsen und Preußen ergaben in Städten dieser Größenordnung durchschnittlich 8,6 Prozent bzw. 4,6 Prozent der Rathaussitze. Zu den Ergebnissen in den Großstädten dieser Länder trug vor allem die hier besser ausgebauten Parteiorganisation bei: Ebenda, S. 49. Bei den Kommunalwahlen

die Partei trotz Wirtschaftskrise und gestiegenem Propagandaaufwand in München nur 15 000 Stimmen bzw. zwei Sitze mehr errungen hatte¹⁴² als GVG und NSFB 1924 zusammen. Im Dezember 1924 beeinflussten die politische und wirtschaftliche Beruhigung und die heillose Zerstrittenheit der Völkischen¹⁴³ deren Reichstags- und Kommunalwahlergebnisse negativ. Die nationalsozialistische Stadtratsarbeit hatte demnach seit 1925 keine Zugkraft entwickelt, die über ein gewisses Stammwählerpotential hinaus Wähler mobilisierte.¹⁴⁴

in Baden im November 1930, die zweifellos bereits vom Reichstagswahlrend im September beeinflusst waren, stellte die Partei in rund 70 Prozent aller Kommunen starke Vertretungen: Ebenda, S. 49, Anm. 192.

¹⁴² Steinborn, Kommunalpolitik, S. 552.

¹⁴³ Jablonsky, Dissolution, S. 140–145. Tyrell, Führer befehl, S. 70 und Dok. 34, S. 86 f. Gordon, Hitlerputsch, S. 493 und 497. StA, Lageberichte 20 (2. 12. 1924), S. 10 ff. und 21 (16. 12. 1924), S. 7.

¹⁴⁴ Friebel kommt zum selben Ergebnis, ohne jedoch die Kommunalwahlen 1924 und 1929 miteinander zu vergleichen: Ders., Kommunalpolitik, S. 84.